

Geopolitik und Neofaschismus im 21. Jahrhundert

Das Chaos nimmt zu, wie auch Überwachung und Repression; bislang eher Unerwartetes wird Realität; vorhandene Instabilitäten und Krisen kumulieren sich mit steigender Verunsicherung; grössere und brisante Turbulenzen sind absehbar. In dieser Kurzform lassen sich die disruptiven Erfahrungen des ersten Halbjahres der zweiten Amtsperiode Trumps auf den Punkt bringen. Lediglich spekuliert werden kann, wohin diese Entwicklung schliesslich führen wird.¹

Das Kapital benötigt hingegen eine einigermaßen gefestigte Ordnung. Der Krisenfall erfordert deshalb Stabilisierungsinstanzen. In Ausnahmesituationen wird zu illiberalen Mitteln gegriffen. Ein Grossteil der Menschheit ist seit etlichen Jahren oder sogar Jahrzehnten von einer nicht enden wollenen Vielfachkrise betroffen (Kellershohn / Kastrup 2024). Regressive Tendenzen wurden vom gerade wieder gewählten amerikanischen Präsidenten und zweifellos mächtigsten Politiker auf diesem Planeten schon ab 2017 markant angeheizt. Als Höhepunkt folgte mit dem Sturm auf das Capitol von 2021 der veritable Versuch eines Staatsstreiches in Washington. Dieser scheiterte zwar, doch nun sollen gemäss Trumps Diktion die Versäumnisse der ersten vier Jahre nachgeholt werden. Weitere Zuspitzungen stehen folglich an. Es scheint, dass er vor nichts zurückschreckt, aber auch mit bloss grossspurigen Ankündigungen um sich wirft.

Geopolitik

Der Kapitalismus lässt sich in Epochen unterteilen. Genua, Amsterdam und London bildeten seit dem 15. Jahrhundert aufeinanderfolgend Zentren ökonomischer und politischer Macht. Im Gefolge von neuen Massenproduktionsmethoden in den USA und der erfolgreichen Intervention von jenseits des Atlantiks im Ersten Weltkrieg wurde das britische Imperium entthront. Damit begann ein amerikanisches Jahrhundert. Dem Zweiten Weltkrieg folgte jedoch der Kalte Krieg als Systemkonkurrenz; erst nach der Implosion der Sowjetunion 1989 erlebten die USA nochmals einen kurzen hegemonia-

len Aufschwung. Diese Vorherrschaft erlitt in den Wirtschaftskrisen des 21. Jahrhunderts einen massiven Rückschlag.

Mit dem Aufstieg Chinas zur Nummer zwei in Wirtschaft und Geopolitik steht den USA heute ein potenter und dynamischer Herausforderer gegenüber.² Der von den USA dominierte Multilateralismus wird tendenziell durch ein multipolares System ersetzt (Guttmann 2022). Wegen der globalen Konkurrenz versprach Trump den nationalen Wähler:innen, die alte imperiale Grösse wieder herzustellen und sich gegenüber der Migration einzubunkern. Dank einer autoritär-populistischen Mobilisierung sicherte er sich die unangefochtene Führung der republikanischen Partei. Die Allianz mit einigen Plutokraten des High-Tech-Sektors wie Zuckerberg, Bezos, Thiel oder vorübergehend Musk (machte mit seinem Hitlergruss Furore), die eine engere Regulierung ihres Bereiches fürchteten und auf Steuererleichterungen setzten, hob Trumps politisches Gewicht nochmals erheblich an.

In Europa wird seit einiger Zeit von einer autoritären Achse, die unterschiedlich definiert ist, geschrieben. Zweifellos verbinden sich darin die Regierungen Orbán und Vučić (Džihic 2025), aber auch Erdoğan in der Türkei sowie weitere ultrarechte Parteien. Vielleicht sollte besser von einer «Internationalen der Reaktionäre» die Rede sein. Angeführt wird diese Achse der Reaktionären zurzeit von Trump und seiner unmittelbaren Entourage. In ihrem Kielwasser tummeln sich weltweit Autokraten mit einer mehr oder weniger grossen Gefolgschaft. Ein Stelldichein der Reaktionäre ergab sich bei Trumps Amtseinführung im Januar 2025. Nicht anwesend waren Bolsonaro, Netanjahu, Modi oder Putin und zweifellos reiht sich auch Xi Jinping, der China beherrscht, in diesen Kreis ein. Selbstverständlich reiben sich die jeweiligen imperialen Interessen immer wieder konfliktiv an den Grenzen der beanspruchten Einflussphären, und auch wechselnde, partikuläre Zweckbündnisse kommen vor.

Trump setzt vornehmlich auf Aktivismus und Agendasetting. Mit einem frenetischen und sprunghaften Dekretismus vollzieht er ein sogenanntes «flood the zone with shit»³ mit gravierenden Auswirkungen. Willkür, Desinformation, plumpe Lügen, Diskreditierungen und gezielte Provokationen gehören dazu. Die Kombination von Überrumpelungsstrategie und Präpotenzgehabo erachtet Trump als Voraussetzung für spätere Verhandlungsdeals. Seinem Anspruch nach regiert er die USA und folglich auch die Welt. Dies trifft indes keineswegs zu, was ihm in den letzten Monaten vom russischen und chinesischen Machthaber oder von Lula da Silva schnell aufgezeigt wurde. Ausserdem ist noch keineswegs entschieden, ob es in den USA zu einer fatalen Aushebelung der Demokratie kommen wird oder ob

das liberale und zurzeit massiv in Frage gestellte System der «checks and balances» dies verhindert.

Geprägt wurden die letzten Monate vom politischen Zickzackkurs Trumps, von ökonomischen und kriegesischen Drohungen, von den Bombardierungen im Iran, vom absoluten Schutz der rechtsextremen Regierung in Israel mit ihren unglaublichen und grausamen Kriegsverbrechen als Antwort auf ein terroristisches Manöver der Hamas mit vielen Toten und Verschleppten, von grotesken Vorschlägen für die Palästinenser:innen, vom Rückzug aus internationalen Institutionen, von den spezifischen Attacken gegen Universitäten und Medien, den Abrissen des staatlichen Apparates mit Entlassungen, Stopps und Umlagerungen von Ausgaben, Zensurmassnahmen, primitiven Verunglimpfungen des Notenbankchefs, von Steuerensenkungen und Erhöhung der Verschuldung, illegalen Verhaftungen und Deportierungen, infamen Begnadigungen, Einreisesperren, dem Einsatz der National Guard sowie dem Ignorieren richterlicher Entscheide. Für Trump Naheliegendes bis zu global Schrecklichem ist geschehen. Zu einem grössten Stolperstein für Trump könnte sich seine engere Verwicklung in den Epstein-Skandal auswachsen. Damit bleibt die aktuelle Situation in den USA höchst widersprüchlich, schliesst jedoch neben den neoimperialen Ansprüchen⁴ signifikante Faschisierungstendenzen ein. Als neuere und eklatante Belege für diese Entwicklung gelten Trumps massive Ausdehnung der Exekutivkompetenzen sowie seine Drohung der Verhaftung des kalifornischen Gouverneurs und der Bürgermeisterin von Los Angeles, die Verachtung der Menschenrechte im Allgemeinen wie beispielsweise bei der Aussetzung des Asylrechts oder bei Ausschaffungen in Internierungslager; Wie die Ermordung einer demokratischen Politikerin und ihres Ehemannes wie auch Schüsse auf ein weiteres Politikerpaar in Minnesota durch einen extremistischen Abtreibungsgegner. Zutreffend ist jedoch auch, dass in den amerikanischen Bundesstaaten immer fluktuierende, rassistische und faschistische Tendenzen vorkamen.

Nach wie vor sind die USA die stärkste Militär- und Wirtschaftsmacht. Doch die ökonomischen Schwierigkeiten, allen voran die Schulden und die daraus entspringenden Zinskosten sowie die hohen militärischen Ausgaben und die markante Deindustrialisierung, können nicht ignoriert werden. Das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandprodukt Chinas übertrifft bereits dasjenige der USA.⁵ Überdies verfügt China bei strategisch wichtigen Rohstoffen wie den Seltenen Erden über erhebliche Reserven und beherrscht nahezu die gesamte Verarbeitung von Gallium und Germanium für die Halbleiterindustrie. Erwähnenswert ist im Weiteren, dass China bei der industriellen Ferti-

gung mit beträchtlichem Abstand an der Spitze liegt, beim Wachstum schwächelt, zu stark exportorientiert produziert und beim internen Konsum wegen tiefer Löhne zurückliegt. Der Vorsprung der USA hat sich im Vergleich zum 20. Jahrhundert insgesamt reduziert und wird weiterhin schwinden. Insofern trifft es zu, dass die USA keineswegs «great» aufgestellt sind und den Status eines Welthegemons nicht wieder erreichen werden.

Vorhanden sind vier Blöcke, wobei Europa und Russland auf die USA und China einen offenkundigen Abstand aufweisen. Die politische und ökonomische Heterogenität in der EU wird sich kaum reduzieren, wohl aber mit neuen Wahlerfolgen ultrarechter Parteien weiter akzentuieren. Russlands wirtschaftliche Probleme lassen sich ebenfalls nicht übersehen.

Zurzeit gibt es eine engere Verbindung in Hinblick auf Waffen, High-Tech, Rohstoffen und Renminbizirkulation zwischen China und Russland. Obwohl die militärische Abhängigkeit Europas von den USA fortbesteht und die USA nach wie vor der wichtigste Exportmarkt für Europa sind, nimmt der Graben zwischen den USA und der EU zu; höchst abfällige Voten der Trumpregierung zu den Demokratien in Europa, die offene Unterstützung rechtsextremer Parteien und schlingernde Positionen gegenüber dem Angriffskrieg Putins belegen diese Entwicklung.

Angesichts erfolgloser Gespräche von der Leyens in Peking knickte die EU wieder vor Trump ein. Doch das Abkommen mit einseitigen Zöllen von 15 Prozent für EU-Exporte sowie unrealistisch hohen Abnahmen von fossilen Brennstoffen und beträchtlichen Investitionen durch die EU wird wegen erratischer Verhaltensweisen von Trump nur kurzfristig die ökonomischen Unsicherheiten reduzieren. Aufschlussreich sind auch die Zollverhandlungen mit der Schweiz. Zum Nationalfeiertag (1. August) musste zur Kenntnis genommen werden, dass Trump seinen Zollprügel mit 39 Prozent für die Schweiz kalibrierte. Panik brach aus. Drohungen und willkürliche Festlegungen sind Trumps prioritäre Waffe. Gegen inhaltliche Argumente ist er immun. Die Schweizer Verhandlungsdelegation bis zur Bundespräsidentin Keller-Suter zeichnete sich durch Naivität aus, da sie auf die angeblich traditionell guten Beziehungen zu den USA setzte, um einen tieferen Prozentsatz erreichen zu können. Für Trump zählen spektakuläre Zusicherungen, Dollareinnahmen sowie Schmeicheleien und Unterwerfungsgesten. Auch wenn noch einige Unklarheiten zu den Zöllen gegen die Schweiz und anderen Staaten vorhanden sind, wird Trump weiterhin den Zollhammer schwingen, freilich auch die ökonomischen Konsequenzen verantworten müssen.

Wegen der sich verstärkenden neoimperialen Spannungen dürfte die dringend notwendige Kooperation auf globaler Ebene zur Bewältigung der

ökologischen Herausforderungen und zur Friedenssicherung in nächster Zeit kaum durchsetzbar sein. Zu befürchten sind weitere Kriege und verlorene Jahrzehnte im Wettlauf gegen die Erschöpfung des CO₂-Budgets, gegen die Klimaerhitzung wegen der viel zu langsamen und vielfach blockierten Umstellung auf erneuerbare Energieträger sowie gegenüber weiteren planetaren Grenzen und den jeweils damit verbundenen regionalen und globalen Kippunkten, also dem Erreichen von Schwellenwerten mit nachfolgend irreversiblen Prozessen, beispielsweise durch das Abschmelzen des Grönlandeises.⁶ Als Folgen ergeben sich ausserordentlich hohe Katastrophenrisiken. Der Kapitalismus untergräbt immer schneller seine eigenen Grundlagen, er ist gleichsam kannibalisch und allesfressend geworden (Fraser 2023).

Finanzialisierung

Mit dieser geopolitisch extrem instabilen Lage gehen Krisen im Akkumulationsregime einher. Nach dem Ende des Fordismus in den 1970er-Jahren und dem anschliessenden Aufstieg des Neoliberalismus mit vielfältigen Deregulierungen setzte sich insbesondere das Finanzkapital mit der Liberalisierung der Finanzmärkte mit seinen Verwertungsambitionen durch. Unter einem finanzdominierten Akkumulationsregime wird in der Regel verstanden, dass die direkte Verwertung von Geldkapital die höchsten Renditeerwartungen setzt, die wegen dubioser finanzieller Instrumente und Hochgeschwindigkeitsspekulation auch erhebliche Risiken aufweist. Da in diesem Bereich ein proportional höherer Anteil des weltweit erzeugten Mehrwertes als Profit erzielt wird, ergeben sich als Folge tiefere Investitionsquoten, ein reduziertes Wachstum und massiver Druck auf die Löhne, welche stagnieren oder sogar real sinken. Die höchsten Gehälter steigen hingegen unablässig an – die Ungleichheit nimmt beständig zu.

Die Immobilien- und Finanzkrise ab 2007 kann als Beginn des Abschwungs des «Finance-Led Capitalism» (Guttmann 2016), mithin des finanzgetriebenen Kapitalismus, interpretiert werden. Dieser dürfte die nächste grosse Krise nicht überleben. Aber auch wenn dieses Akkumulationsregime noch einige Zeit vorherrschen wird, ergeben sich daraus eher zunehmende statt eingedämmte Widersprüche. Von daher erstaunt es nicht, dass soziale Bewegungen intensiv polizeilich überwacht und kontrolliert werden, was gemäss Zuboff (2018) zu einem Überwachungskapitalismus geführt hat, der mit der umfassenden Digitalisierung vorangetrieben wird. Hinzu kommen Verunsicherungen, ausgelöst durch Erfahrungen in diesen Krisenjahren, verschärft durch die Coronapandemie und im Angesicht öko-

logischer Verheerungen. Auftrieb erhielten der autoritäre Populismus und neofaschistische Tendenzen mit markigen Parolen und wissenschaftlich unhaltbaren Aussagen. Direkt daraus folgt eine schleichende bis sehr dramatische Bekämpfung demokratischer Fortschritte.

Populismus und Faschismus

Mit Scurati (2024), der den Zusammenhang der beiden Strömungen vor allem mit Bezug auf Mussolini herausgearbeitet hat, kann gesagt werden, dass der Faschismusbegriff aus der Perspektive des Antifaschismus zu verstehen war, jedoch aus dem ihm eigenen Selbstverständnis, Massenverführungen und einer breiten Komplizenschaft rekonstruiert werden muss. Nur auf diese Weise ist Vergangenheitsbewältigung möglich.

Verführungen und Erfolge des Populismus lassen sich anhand der Beispiele Ungarn, Italien, USA und vor allem im Osten Deutschlands leicht belegen. Scurati hält den Populismus und seine Protagonist:innen gegenüber den meist noch eher marginalen neofaschistischen Gruppierungen für gefährlicher. Im «souveränistischen Populismus» zeigen sich gemäss Scurati sechs Elemente: autoritäre Personalisierung, antiparlamentarische Polemik, Führungsfiguren, die die Massen nachfolgend lenken, Inszenierung einer Politik der Angst, Verwandlung derselben in Hass und die brutale Vereinfachung der Lebenskomplexität (ebd., 52f.). Abschliessend hebt Scurati die Relevanz körperlicher Präsenz und Kommunikation hervor. «Es ist eine Art der präreflexiven, emotiven und rechthaberischen Art der Kommunikation. Und erfolgreich ist sie deshalb, weil sie einen primitiven Appell an die niedersten Instinkte der Menschen richtet. Sie hat eben deshalb Erfolg, weil sie keine vorgebliche Überlegenheit zur Schau stellt.» (ebd., 79) Diese Faktoren lassen sich bei Trump und den vielen Möchtegern-Trumps, allen voran Milei, problemlos nachweisen.

Ist der autoritär-populistische Trump darüber hinaus ein Faschist? Der kürzlich nach Kanada ausgewanderte Faschismusforscher und Yale-Professor Stanley spricht sich vehement dafür aus. Entgegen dem beschönigenden Bezug auf den Populismus dehne sich in den USA mit Trump der Faschismus aus, indem Teile der Bevölkerung entmenslicht und unmenschlich behandelt würden, die akademische Freiheit mit Füßen getreten, freie Meinungsäusserung eingeschränkt und Massendeportierungen organisiert würden. Insofern würden die USA auf eine faschistische Diktatur zusteuern.⁸

Allerdings fehlt noch die Erklärung für den Faschismus. Diesbezüglich verweist der renommierte marxistische Medientheoretiker und Professor

an der New York University, Rushkoff, auf Situationen extremer Ungleichheit, die in erster Linie dazu beitragen, dass eine Gesellschaft in den Faschismus abrutscht (Rushkoff 2025, 248). Einsichtig dürfte sein, dass der Neofaschismus keine Wiederholung des iberischen, deutschen oder italienischen Faschismus darstellt. Daher steht als Aufgabe an, das Neue genauer zu analysieren, um die aktuelle Funktionsweise besser zu verstehen. Es geht also um die heutigen faschistischen Praktiken, die gemäss Stanley von der Beschwörung einer mythischen Vergangenheit über die strikte Trennung von uns/ ihnen, Opferrollen, angeblicher Zerstörung von Kultur und Tradition bis hin zu neuer Rechtsetzung reichen; letztere würde schliesslich in eine erneuerte faschistische Ordnung münden. Die Gefährlichkeit besteht vor allem darin, und hier ist Stanley ebenfalls zuzustimmen, dass diese Praktiken vermehrt gesellschaftlich einsickern und zur Normalität werden. Hintergrund sind überdies Umdeutungen, haltlose Behauptungen, blosser Lügen und weitere Elemente, um historische Wahrheiten auszulöschen (Stanley 2018; 2024).

In den aktuellen Diagnosen bezüglich Faschismus ist umstritten, ob bereits eine faschistische Periode vorliegt oder sich diese mindestens unaufhaltsam nähert. Akzeptiert dürfte sein, dass der Faschismus als «Ausnahmeherrschaft» im Gefolge grosser und spezifischer Krisen aufkommt. Nur eine präzise Erfassung der jeweiligen Elemente und deren strategischer Zusammenhang ermöglichen eine erfolgsversprechende Bekämpfung. Folglich geht es darum, «den dynamischen Prozess einer Faschisierung» ins Zentrum zu rücken (Demirović 2025). Antipopulistische und antifaschistische Positionen und Strategien sind also für die Linke unabdingbar.

Rahmen einer aktualisierten politischen Strategie für linke Bewegungen

Der Dreiklang Definanzialisierung, Dekarbonisierung und Demokratisierung, in Anlehnung an Überlegungen zum staatlichen Bankwesen (public banking), ist unseres Erachtens zentral (Marois / Spronk 2025). Im Weiteren gilt es, eine zeitgemässe Dekolonialisierung einzubeziehen.

Im finanzialisierten Kapitalismus, in dem das digitale Kapital und Big Tech zunehmend dominieren, bilden die ständig steigende Verschuldung von Unternehmen, Staaten und Privaten sowie völlig vom realen Wirtschaftsgeschehen losgelöste Aktienwerte ein gewaltiges Bedrohungspotenzial, das das globale Finanzsystem immer mehr belastet. Ein Crash, vor allem bei Wertpapieren, ist jederzeit möglich. Weil dringend gebotene Investitionen nicht getätigt werden und die Krisenresilienz höchst unterentwickelt

ausfällt, ist es vordringlich, den Finanzbereich (inkl. Schattenbankensystem) der privaten Verfügung zu entreissen und gemeinwohlorientiert zu verfassen.

Die Dekarbonisierung ist aus umweltwissenschaftlicher Sicht zwingend. In der Politik wird vornehmlich über das Ausmass, die Methoden und den zeitlichen Horizont gestritten statt gehandelt. Nötig ist hingegen der unverzügliche Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Die Investitionen in fossiles Kapital bewegen sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau, anstatt diese Betriebe möglichst schnell stillzulegen und abzubauen.

Mittels Digitalisierung findet eine neue Form des Kolonialismus statt (Dachwitz / Hilbig 2025). Weil sich dieser nicht mehr auf neue materielle Territorien ausrichten kann, hat er den immateriellen Bereich invadiert. Darüber werden heute Extraktion, Produktion, Überwachung, Repression und Ausbeutung organisiert. Die grossen Konzerne versuchen, die Welt unter sich aufzuteilen. Sie stützen sich dabei auf den Datenextraktivismus und auf die digitale Kontrolle der Wertschöpfungsketten zur schnelleren Profitrealisierung von den Rohstoffen bis zu Produktion und Verkauf der Endprodukte. Die Führungspositionen besetzen die bekannten High-Tech-Firmen aus den USA; ihre Konkurrenten aus China sind nicht zu unterschätzen, da sie sehr schnell und breit aufgestellt wachsen. «Eine Welt ohne digitalen Kolonialismus ist unerlässlich, und zwar sowohl für den Globalen Süden wie auch für den Globalen Norden.» (ebd., 15)

Vor allem aber müssen die Durchbrüche hinsichtlich Demokratie allseitig verteidigt und weiter ausgebaut werden. Bereits für Marx war «die Er kämpfung der Demokratie» Grundlage der Arbeiterbewegung (MEW 4, 481). Eine Theorie dazu findet sich bei ihm jedoch nicht. Der Populismus höhlt die Demokratie aus; der Faschismus kann nur als Gegenstück einer demokratischen Verfasstheit verstanden werden. Populismus und Neofaschismus sind daher genau zu analysieren sowie zu kritisieren und zurückzudrängen. Gegenüber den heute zunehmenden Angriffen auf die demokratischen Errungenschaften muss eine umfassende Demokratisierung aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereiche angestrebt werden.

Ausblick

Mit Trump ist in den USA ein populistischer Verführer mit autoritären, bizarren, vulgären bis krankhaften Zügen erneut an die Schalthebel politischer und ökonomischer Macht gelangt. Ob er auch ein Faschist ist, bleibt strittig, doch seine Stärke nährt sich aus dem autoritären Populismus und

aus einer spezifischen historischen Situation in den USA. Diese Nation ist tiefgreifend gespalten und weist viele unbewältigte Krisenelemente auf. Massive Abstiegs- und Zukunftsängste der Mittelklasse und insbesondere bei den überflüssig gewordenen weissen Arbeitern des Fordismus sind vorhanden, weshalb Sehnsüchte nach vergangener Grösse geschürt werden können.

Opposition und Widerstand gegen diese aktuellen Verhältnisse muss sich aus der Zivilgesellschaft neuformieren, was über kurz oder lang geschehen wird. Vieles wird in den nächsten Jahren vom Ausgang der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den USA gegen die Faschisierungstendenzen und für ein besseres Leben abhängen.⁹ Aber auch in Europa müssen diese Perspektiven, zusammen mit den genannten Dimensionen, anvisiert und verwirklicht werden. Überdies ist denkbar, dass die chinesische Parteiführung angesichts der vielen landesinternen Kämpfe grössere Zugeständnisse machen muss. Mit etwas Abstand besetzt zurzeit Putin unter den imperialen Mächten die Position mit dem grössten Gefahrenpotenzial. Weil die Opposition in Russland eliminiert oder in den Untergrund gedrückt werden konnte, sind in absehbarer Zeit weder Dekarbonisierung noch Demokratisierung erreichbar. Diese diktatoriale und faschistische Herrschaft wird aber mit Bestimmtheit nicht ewig dauern. Die Geschichte lehrt, dass solche Verhältnisse manchmal in kürzester Zeit zusammenbrechen. Mit zunehmenden ökonomischen Problemen in den USA könnte die Macht von Trump bereits nach den Mid-term-Wahlen im Herbst 2026 massiv eingeschränkt werden. Bereits die Veröffentlichung der aktuellen Statistik mit einer rückläufigen Zunahme bei den Arbeitsplätzen veranlasste ihn zur willkürlichen Entlassung der verantwortlichen Wissenschaftlerin und Chefin des Bureau of Labor Statistics. Belegs- und skrupellos warf er ihr Fälschung der Arbeitslosenzahlen vor.

Wir gehen insgesamt davon aus, dass ökonomische, soziale und politische Instabilitäten andauern und sich mit grosser Wahrscheinlichkeit verschärfen werden. Bereits vorhandene Konflikte werden eskalieren und weitere werden hinzukommen. Beispielsweise werden die absehbaren ökologischen Verwerfungen und Katastrophen gewaltig zunehmende Finanzierungskosten verursachen. Kämpfe um Ressourcen und wegen der Klimaerhitzung um vermeintlich weniger bedrohte Territorien werden sich intensivieren und damit bellizistische Tendenzen verstärken.

Ungleichheiten nehmen regional und global weiter zu, sodass die Migration hin zu Regionen mit relativ besseren ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen stetig ansteigen wird. Gegenüber dieser

erhalten Autoritarismus und Neofaschismus weiteren Auftrieb und müssen vorrangig auf breiter Front, aber auch gemäss spezifischer Umstände und Erfahrungen bekämpft werden.

Doch wie viel Zeit steht zur Verfügung? Optimismus ist zurzeit kaum angesagt, Verzweiflung wirkt andererseits blockierend. Definanzialisierung, Dekarbonisierung und Demokratisierung müssen revitalisiert, der neue Datenkolonialismus zurückgewiesen und neue, starke antikapitalistische Allianzen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den jeweiligen Regionen dieses Planeten formiert werden. Diese Aufgaben können von den linken Bewegungen nicht aufgegeben werden. Daran haben sie sich zu messen, und daran werden sie in künftigen Zeiten eingeschätzt werden. Hoffen wir auf die heutigen jungen Generationen, denn vor allem sie werden die Verantwortung für eine bessere Zukunft übernehmen müssen.

Anmerkungen

- 1 Der aktuelle Stand der Analyse datiert von Anfang August 2025.
- 2 China war verschiedentlich die herausragende Weltmacht und muss heute als besondere Kapitalismusformation verstanden werden.
- 3 Der rechtsradikale Aktivist und Politberater Steve Bannon versteht darunter die beständige Flutung der Öffentlichkeit mit einem Gemenge von Anspielungen, haltlosen Vermutungen, Unterstellungen, Lügen und purem Blödsinn.
- 4 Neoimperiale Ansprüche gehen bei Trump von Grönland über Kanada bis Panama, bei Putin weit nach Mitteleuropa hinein und bei Xi Jinping von Taiwan bis Afrika.
- 5 Im Jahre 2024 belief sich dieses für China auf 38 Bio. \$, für die USA lediglich auf 29 Bio. \$. (de.statista.com)
- 6 Eine Systematisierung von planetaren Grenzen und Kippunkten begann im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts und ist mit den Wissenschaftlern Johan Rockström und Tim Lenton verbunden. Die Konzepte werden mit den neuesten wissenschaftlichen Daten permanent verbessert.
- 7 Sablowski (2024) gibt einen guten Überblick über dieses regulationstheoretische Konzept des globalisierten Kapitalismus, untersucht die Entwicklungen und zeigt die aktuellen Instabilitäten auf.
- 8 Die USA bewegen sich «towards a fascist dictatorship» (Stanley, dailynous.com, 25.3.25, Abfrage 7.8.2025). Trump äusserte sich z. B. anlässlich einer Rede in Claremont in Nazi-Manier selbstsicher: «we will root out the communists, Marxists, fascists (sic!) and the radical left thugs that live like vermin.» (ABC News 13.11.2023, <https://abcnews.go.com/Politics/trump-compares-political-opponents-vermin-root-alarming-historians/story?id=104847748>, (Abfrage 10.8.2025))
- 9 Gegen «King Trump» wird immer wieder protestiert. Ein erster Höhepunkt ergab sich am 14.6.2025 in über 2000 Städten mit mehreren Millionen Teilnehmenden.

Literatur

- Dachwitz, Ingo/Hilbig, Sven, 2025: Digitaler Kolonialismus. München
- Demirović, Alex, 2025: Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie? zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie (Abfrage 1.6.2025)
- Džihic, Vedran, 2025: Kickl, Orbán, Vučić: Die neue autoritäre Achse. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 25, 2. Berlin, 17–20
- Fraser, Nancy, 2023: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Berlin
- Guttmann, Robert, 2016: Financial-Led Capitalism. Shadow Banking, Re-Regulation, and the Future of Global Markets. Basingstoke

- Guttmann, Robert, 2022: Multi-Polar Capitalism. The End of the Dollar Standard. Cham
- Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.), 2024: Vielfachkrise. Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche. Münster
- Marois, Thomas/Spronk, Susan, 2025: The Democratic and Transformative Potential of Public Banks. In: Socialist Register 2025, 260-279 (online verfügbar, Abfrage 7.8.2025)
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1848: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4, 1977: Berlin 462-493
- Rushkoff, Douglas, 2025: Survival of the Richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind. Berlin
- Sablowski, Thomas, 2024: Kontinuität oder Ende des finanzdominierten Akkumulationsregimes? In: Schneider, Etienne /Syrovatka, Felix, (Hg.): Politische Ökonomie der «Zeitenwende» – Perspektiven der Regulationstheorie. Münster, 230–260
- Scurati, Antonio, 2024: Faschismus und Populismus. Stuttgart
- Stanley, Jason, 2018, dt. 2024: Wie Faschismus funktioniert. Neu-Isenburg
- Stanley, Jason, 2024: Erasing History. New York
- Zuboff, Shoshana, 2018: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt a. M.

**Zu sagen, was ist, bleibt die
revolutionärste Tat.**

Sozialismus.de

das Magazin mit monatlichen
Hintergrundanalysen und
Positionsbestimmungen zu
zentralen Themen der Linken
und nahezu täglich aktuelle
Kurzanalysen und Kommentare
unter www.Sozialismus.de



Chinas Wiederaufstieg und die Angst des Westens vor dem Niedergang

Von den führenden Think-Tanks des Westens bis hin zu den Überresten des europäischen Maoismus herrscht Einigkeit in der Einschätzung Chinas: Eine wirtschaftlich erstarkte Nation versuche, sich als neue imperialistische Macht zu etablieren. Seitens der politischen Rechten ist diese Sichtweise verständlich: Sie muss in diesem wieder aufsteigenden Land den Konkurrenten fürchten, der die von Kolonialismus und Vorherrschaft der atlantischen Mächte geprägte Weltordnung der letzten 200 Jahre grundsätzlich in Frage stellt. Doch dass auch die westliche politische Linke in den Chor der Kritiker:innen Chinas einstimmt – das ist schon eher verwunderlich. Merkwürdigerweise finden sich gerade unter noch aktiven wie auch einstigen Maoist:innen heute die entschiedensten Warner:innen vor chinesischer «Autokratie». In diesem Fall gilt wohl noch immer die alte Weisheit der Neuen Frankfurter Schule: «Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.»

Die Einteilung der Welt in «Demokratien» und «autoritäre Regime» hat selbst bei vielen, die sich als «links» verstehen, deutliche Spuren im Bewusstsein hinterlassen – auch wenn jetzt mit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump die Frage aufgeworfen wird, ob die Vereinigten Staaten noch als Demokratie gelten. Hier geraten Erklärungsmuster durcheinander und hinterlassen Fragen, die mit den üblichen Leerformeln gängiger Ideologie nicht beantwortet werden können. Es zeigt sich zugleich auch eine theoretische Schwäche der westlichen Linken, die den Anforderungen unserer Zeit nicht gewachsen zu sein scheint.

Den Blick weiten

Eine solche Schwäche kann nicht aus dem Stand heraus überwunden werden. Ein erster Schritt wäre vermutlich, sich diese einzugestehen und den eurozentristisch verengten Blick auf eine Welt in Veränderung zu weiten. Was hindert uns daran? Möglicherweise die Vorstellung, «der Westen» sei

das Beste, was sich die Menschheit wünschen könne. Trotz aller Kritik an kapitalistischen Auswüchsen fällt es einer politischen Linken offenkundig schwer, die Identifikation mit der herrschenden Lebensweise aufzugeben oder diese zumindest in Frage zu stellen. Der sozial-ökologische Philosoph Rudolf Bahro hatte in den 1980er-Jahren vorgeschlagen, das kapitalistisch geprägte Imperium zu verlassen und das Leben in neuen Räumen zu gestalten (Bahro 1987). So einfach ist das allerdings nicht, weil die Bedingungen unserer Existenz doch aufs Engste mit einem übermächtig erscheinenden System verknüpft sind.

Vielleicht kann es aber gelingen, zumindest die durch eine lange Epoche des Kolonialismus und Imperialismus geprägte Haltung der Überheblichkeit abzustreifen und mit offenen Augen wahrzunehmen, dass die Welt eine andere wird – und dies nicht erst seit heute! Vor etwas mehr als siebzig Jahren, im April 1955, hatte in der indonesischen Stadt Bandung eine erste Afro-Asiatische Konferenz stattgefunden. Sie wurde zum Ausgangspunkt der Blockfreienbewegung. Damals erklärte der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai in einer Grundsatzrede, infolge kolonialer Unterdrückung sei die Mehrheit der asiatischen und afrikanischen Länder wirtschaftlich immer noch sehr rückständig – obwohl sie in ihrer Geschichte «ruhmreiche Kulturen» hervorgebracht und «hervorragende Beiträge zur Entwicklung der Menschheit» geleistet hätten. «Deshalb fordern wir nicht nur politische Unabhängigkeit, sondern auch wirtschaftliche.» Um eine «unabhängige und souveräne Wirtschaft zu entwickeln», benötigten die Länder Asiens und Afrikas «dringend friedliche internationale Verhältnisse». Und ganz entscheidend: «Indem die Nationen versichern, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einzumischen, wird es den Völkern möglich sein, ihr eigenes politisches System und eine Lebensweise nach ihrem Willen zu wählen.» (Tschou [Zhou] 1976, 114 und 116–118)

Der «Geist von Bandung»

China hatte mit Kolonialismus und Imperialismus bittere Erfahrungen machen müssen. Sie führten zu massiver Armut und grösstem Elend. So trug das «Jahrhundert der Demütigung»¹, welches erst mit der Gründung der Volksrepublik 1949 enden sollte, entscheidend dazu bei, dass der Anteil Chinas am globalen Bruttoinlandprodukt, der im Jahr 1820 noch bei etwa einem Drittel gelegen hatte, im Jahr 1950 auf unter fünf Prozent geschrumpft war (Weber 2023, 135). Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Geschichte betonte Zhou, es müsse im Interesse aller asiatischen und afrikani-

schen Nationen sein, sich vom verhängnisvollen Erbe kolonialistischer Ausbeutung und imperialistischer Bevormundung zu befreien. Auch wenn auf ihren Kontinenten unterschiedliche Gesellschaftsordnungen bestünden, hindere dies die asiatischen und afrikanischen Völker nicht daran, «eine gemeinsame Grundlage anzustreben und uns zusammenzuschliessen», hielt Zhou Enlai in Bandung fest (Tschou [Zhou] 1976, 124 f.).

Basierend auf der «aus dem Westfälischen System nach dem Dreissigjährigen Krieg im 17. Jahrhundert hervorgegangene[n] Norm der Nichtintervention» habe sich mit der Bandung-Konferenz ein Konzept der «friedlichen Koexistenz» entwickelt, das von den damaligen Führern der «farbigen» Welt «als ein Bollwerk gegen Kolonialismus und die Intervention von Supermächten» verstanden worden sei, konstatiert der indische Politikwissenschaftler Amitav Acharya (Acharya 2025, 15). Der «Geist von Bandung», der bald einmal nach der Konferenz beschworen wurde, habe «eine materielle Basis» gefunden, «die in den Freiheitskämpfen der Völker der kolonisierten Welt verankert war», schreibt der indische Historiker Vijay Prashad (Tricontinental 2025, 4, eigene Übersetzung). Dieser Geist sei aber durch die Schuldenkrise der Dritten Welt zerstört worden, «welche die Länder der sich entwickelnden Welt in eine permanente Situation von Schulden und Austerität katapultierte und ihr Bestreben nach Entwicklung torpedierte. Damals verflog der Geist von Bandung.» (Ebd., 18)

Was ist «friedliche Koexistenz»?

Doch damit greifen wir der Geschichte vor. In den 1950er-Jahren war die Volksrepublik China entscheidend an der Formulierung von «Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz» beteiligt. Diese lauten: «Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.» (KPCh 1970, 300) In den Aussenbeziehungen Chinas wurde zwischen den Nationen und ihren jeweiligen Systemen sowie ihrer Rolle im Ganzen der Welt unterschieden: Für die sozialistischen Staaten galt das Prinzip des proletarischen Internationalismus, für kapitalistische Staaten – wenn immer möglich – die friedliche Koexistenz. Das sollte China aber nicht davon abhalten, «den revolutionären Kampf der Völker aller Welt sowie ihren Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik und um den Erhalt des Weltfriedens» zu unterstützen (Ebd., 303).

Mit ihrer *Polemik über die Generallinie der internationalen kommunisti-*

schen Bewegung aus den frühen 1960er-Jahren setzte sich die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) kritisch mit dem Verständnis der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) von «friedlicher Koexistenz» auseinander: Die KPdSU behauptete, die friedliche Koexistenz stelle «den besten und einzig gangbaren Weg» zur Lösung der lebenswichtigen Fragen der Gegenwart dar. Diese Prinzipien sollten gemäss den sowjetischen Kommunist:innen «zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit werden» (Zitiert nach ebd., 304). Die chinesischen Kommunist:innen kritisierten, das Konzept der friedlichen Koexistenz à la KPdSU setze «den Pazifismus an die Stelle der proletarischen Weltrevolution» und gebe damit den «proletarischen Internationalismus» auf (Ebd., 307 f.).

Chinesische Bündnispolitik

Im Laufe der 1960er-Jahre verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung, bis es im März 1969 zu einer militärischen Konfrontation am Grenzfluss Ussuri kam. Der Angriff sei von chinesischer Seite provoziert worden, «um eine deutliche Botschaft nach Moskau, nach Washington und nach innen zu senden», schreiben die deutschen Historiker Sören Urbansky und Martin Wagner in ihrer Untersuchung der russisch-chinesischen Beziehungen (Urbansky/Wagner 2025, 159). Am 21. August 1968 waren Truppen der Sowjetunion sowie anderer Staaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei einmarschiert. Zwei Tage später kritisierte die Pekinger Volkszeitung mit heftigsten Worten die Invasion: «Diese Aktion der unverhüllten bewaffneten Intervention hat die abscheuliche faschistische Fratze der sowjetrevisionistischen Renegatenclique, die äusserste Schwäche des Sowjetrevisionismus restlos aufgezeigt.» Und an die Adresse Moskaus gerichtet: «Was Ihr errichten wollt, wird nicht etwa eine grosse sozialistische Gemeinschaft sein, sondern, was klar auf der Hand liegt, ein Kolonialimperium mit der sowjetischen Revisionistenclique als Herrscher, um dann im Komplott mit dem USA-Imperialismus die Welt erneut aufzuteilen.» (Zitiert nach Kamberger 1968, 45f.) Die chinesische KP musste befürchten, eines Tages könne auch die Souveränität Chinas in Frage gestellt werden: Mit der sogenannten «Breschnew-Doktrin» hatte sich die sowjetische Partei- und Staatsführung nämlich die Möglichkeit eröffnet, in jedem sozialistischen Staat nach Belieben zu intervenieren.

Der sino-sowjetische Grenzkrieg stellte einen Wendepunkt in der chinesischen Aussenpolitik dar. Zwar wurden revolutionäre Bewegungen in al-

ler Welt weiterhin moralisch und vielfach auch materiell unterstützt (vgl. dazu Lovell 2023, insbesondere Kapitel 4), doch nun ging es vor allem darum, Bündnispartner gegen den «Sozialimperialismus» zu finden. Nach dem Bruch mit der Sowjetunion musste die bisherige Unterscheidung zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Lager fallen gelassen werden. Stattdessen entstand eine neue aussenpolitische Konzeption: die «Theorie der drei Welten». Der während der Kulturrevolution verfeimte und verfolgte Deng Xiaoping durfte diese erstmals 1974 der Vollversammlung der Vereinten Nationen präsentieren. Mit der «Ersten Welt» waren die beiden Supermächte USA und Sowjetunion gemeint. Zur «Zweiten Welt» gehörten die entwickelten Staaten (Westeuropa, Kanada, Japan und andere). Die «Dritte Welt» schliesslich bildeten die Entwicklungsländer, einschliesslich der Volksrepublik China. Der deutsche Sinologe David Leese schreibt dazu: «Da die Sowjetunion als grösste Gefahr für den Weltfrieden apostrophiert wurde, galt gemäss dem bereits in Bürgerkriegszeiten erprobten Konzept der Einheitsfront ein Bündnis mit nachgeordneten Kontrahenten als gerechtfertigt.» (Leese 2016, 92)

Abschied vom Internationalismus?

Die chinesische Flexibilität in der Bündnisfrage hatte auch die noch unter Mao Zedong eingeleitete Annäherung an die Vereinigten Staaten ermöglicht. Aus dem «Paria der Weltgemeinschaft» (Urbansky/Wagner 2025, 186) war ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats geworden, nachdem die Volksrepublik China im Oktober 1971 den Sitz Taiwans bei den Vereinten Nationen übernommen hatte. Die Verschiebungen in der Staatenwelt gingen am Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China nicht spurlos vorüber. Urbansky und Wagner beschreiben in ihrer Untersuchung die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Moskau und den «Bruderländern». Die Sowjetunion musste befürchten, die Volksrepublik könne eine ideologische wie ökonomische Alternative für diese darstellen. China seinerseits beobachtete das weltweite Vorrücken der Sowjetunion nach der US-amerikanischen Niederlage in Vietnam mit grosser Sorge. Im November 1978 hatten die Sowjetunion und Vietnam einen gegenseitigen Beistandspakt unterzeichnet, und im Dezember des gleichen Jahres marschierten vietnamesische Truppen im Nachbarland Kambodscha ein, um das Pol-Pot-Regime zu stürzen. China stand an der Seite der Roten Khmer und rächte sich mit einer militärischen Strafaktion an Vietnam. Der niederländische Historiker Frank Dikötter schreibt, den meisten Beobachter:innen sei klar gewesen, «dass die

ganze Operation ein Fiasko gewesen war. [...] Ein chinesischer General bezeichnete die Vietnam-Offensive im privaten Kreis als Scherbenhaufen.» (Dikötter 2023, 50) Bemerkenswert ist, dass China seither keinen Krieg mehr gegen einen anderen Staat geführt hat.

Die in den USA lehrende deutsche Ökonomin Isabella M. Weber ist – auch unter Hinweis auf die militärische Aktion gegen Vietnam – der Auffassung, China habe sich mit der Reformpolitik unter Deng Xiaoping vom «alten sozialistischen Internationalismus und dem Third Worldism» verabschiedet (Weber 2023, 162). Mit dieser Einschätzung verbindet sie die These, China habe sich «von einem armen Agrarland mit revolutionären Ambitionen in eine der treibenden Kräfte des globalen Kapitalismus» verwandelt (Ebd., 401). Weber bezieht sich dabei insbesondere auf die Analyse der in Grossbritannien lehrenden chinesischen Ökonomin Lin Chun, die zum Schluss kommt, die Reformpolitik Chinas sei zu einem «bürokratisch-kapitalistischen Übergang» degeneriert (Lin 2013, 198, eigene Übersetzung).

Gemäss der offiziellen chinesischen Sichtweise befindet sich die Volksrepublik China auf dem Weg zum Sozialismus – aber eben einem mit «chinesischer Prägung». In der Rede nach seiner Wahl zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas erklärte Xi Jinping: «Das Streben des Volks nach einem schönen Leben ist genau das Ziel unserer harten Arbeit. [...] Unbedingt müssen wir stets unser Ohr am Puls des Volks haben, das Leid des Volks teilen, mit dem Volk vereint grosse Anstrengung leisten. [...] Wir müssen alles daran setzen, auf dem Prüfungsbogen, den uns die Geschichte und unser Volk auferlegt haben, die richtigen Antworten einzureichen.» (Xi 2014, 4 f.) Mehr als schöne Worte?

Die Armut beseitigen

China ist immer noch eine Klassengesellschaft, auch wenn das von der politischen Führung nicht gerne thematisiert wird. 1978, nach dem Ende der Kulturrevolution und dem Tod Maos, war China ein Gemeinwesen mit hoher Gleichheit – einer Gleichheit der Armut. Sozialismus bedeute aber «Beseitigung der Armut. Pauperismus ist kein Sozialismus, noch weniger Kommunismus», erklärte Deng Xiaoping 1984 (Zitiert nach Brie 2023, 27). Als eine Folge der Reformpolitik ist die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen in China drastisch gesunken und liegt heute bei unter einem Prozent der Bevölkerung (Statista 2024). Andererseits nahm die soziale Ungleichheit aufgrund dieser Politik, insbesondere rund um die Jahrtausendwende, sprunghaft zu. Die neue Parteiführung unter Xi reagierte darauf und

versucht, vor allem auch den regionalen Disparitäten zwischen den Küstenprovinzen und Westchina entgegenzuwirken.

Gerade unter Linken ist es eine gängige Praxis, China als «staatskapitalistisch» zu kritisieren. Der deutsche Politikwissenschaftler Jan Turowski, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Beijing, hält dem entgegen: «Wäre in China der Kapitalismus wieder ›installiert‹ und folglich zum zentralen Treiber der Entwicklung der letzten 40 Jahre geworden, dann müsste man eingestehen, dass diese kapitalistische Modernisierung hinsichtlich der Wohlstandsmehrung nicht nur kleinster lokaler Eliten, sondern gerade auch breiter Bevölkerungsschichten recht erfolgreich gewesen ist und dass es möglich ist, den Teufelskreis aus Kapitalarmut und Schulden, Niedriglöhnen, Abhängigkeit und geringer Wertschöpfung [zu durchbrechen], der den Globalen Süden so lange seiner eigenen Entwicklung beraubt hatte.» (Meng / Turowski 2023, 15)

Will China die Welt beherrschen?

China ist aus diesem Teufelskreis ausgebrochen und ermutigt damit auch andere Länder des Globalen Südens, auf die eigenen Kräfte zu setzen, einen eigenständigen Weg zu gehen. Und damit könnte sich der Kreis zur Bandung-Konferenz von 1955 schliessen: Die «Dritte Welt» von einst steht auf und entwickelt ein neues Selbstvertrauen. Der in Indien geborene und viele Jahre im diplomatischen Dienst von Singapur tätige Politikwissenschaftler Kishore Mahbubani formuliert es im Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung so: «Der Aufstieg Asiens und der relative Bedeutungsverlust des Westens sind keine kurzfristigen Phänomene. Dahinter stehen grosse historische Kräfte. Wir kehren zur Normalität der Weltgeschichte zurück.» (Mahbubani 2025, 2) Und «Normalität» bedeute in diesem Fall, dass es in Zukunft keinen alleinigen Hegemon – wie heute noch die Vereinigten Staaten – mehr geben werde. Und was ist mit China? Mahbubani meint: «China will die Welt nicht beherrschen – schon das eigene Land zu regieren, ist Herausforderung genug. [...] Das westliche Grossmachtdenken ist China fremd.» (Ebd., 3)

Westliche Kommentator:innen sehen das anders. Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler glaubt, dass China daran arbeite, eine «antihegemoniale Front» aufzubauen, «eine Front, die unter chinesischer Führung stehen wird und in der China die Art und Weise des gegen die westliche Hegemonie geführten Kampfes vorgibt, in der es somit der Hegemon des Antiimperialismus ist» (Münkler 2023, 277). Ein anderer deutscher Politikwissenschaftler, Ulrich Menzel, relativiert diese Botschaft ein wenig, um

dann doch zu einem ähnlichen Ergebnis zu kommen: «Nur ist die chinesische Expansion von keinem Missionarismus begleitet, gibt es kein ›yellow man's burden‹, der Welt die chinesische Zivilisation zu bringen.» Doch: «Der hegemoniale Übergang zu China wird konfliktreich und von einem normativen Paradigmenwechsel begleitet sein. [...] Das chinesische wird keine bloße Fortsetzung des amerikanischen Jahrhunderts sein.» (Menzel 2023, 197 und 198) Kurz: Es wird ein «autoritäres» Jahrhundert sein – so auch der Untertitel seines Buches.

Die «doppelte Meuterei»

Auffallend ist, dass bei solchen zeitdiagnostischen Versuchen die Völker selbst kaum eine Rolle spielen. Sie scheinen gänzlich in das Spiel der Interessen divergierender Eliten und ihrer Ideologien eingebunden zu sein. Die antikolonialen Aufbrüche nach dem Zweiten Weltkrieg verfügten über eine wesentlich andere Kraft, weil sie sich auf eine breite Basis in den Massen abstützen konnten. Der indische Historiker Vijay Prashad analysiert die Faktoren, die einem neuen «Geist von Bandung» entgegenstehen – beispielsweise die Gleichzeitigkeit von Wünschen nach und Ängsten vor einer westlichen *leadership*; die Verquickung eines Grossteils der Eliten im Globalen Süden mit dem globalen Finanzkapital; die Kontrolle des Westens über die digitalen, medialen und finanziellen Strukturen, die unüberwindlich erscheint; und nicht zuletzt der fehlende Glaube daran, gewinnen zu können. Nur wenn es gelinge, diese Herausforderungen zu überwinden, sei es möglich, die Epoche des Imperialismus, der «härtesten aller Strukturen, mit denen wir brechen müssen», endlich hinter uns zu lassen (Tricontinental 2025, 26).

Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang, die Dialektik zwischen nationaler und sozialer Befreiung zu thematisieren, die in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung immer eine entscheidende Rolle gespielt hat. In einer zeitgemässen Form formuliert das Peter Mertens, Generalsekretär der belgischen Partei der Arbeit (PTB/PVDA), als eine «doppelte Meuterei»: Zum einen wenden sich immer mehr Staaten gegen die Vorherrschaft der USA. Daraus ist das BRICS-Bündnis entstanden. Diese Staaten sind sehr unterschiedlich verfasst, und in ihrem Innern gibt es auch immer mehr Widerstand gegen die eigenen Regierungen.² Mertens meint im Gespräch mit der Schweizer Wochenzeitung: «Man muss die Meutereien innerhalb der Länder unterstützen, trotzdem können diese Regierungen gegen die US-Vorherrschaft eintreten. Das zu analysieren, bedeutet nicht, dass man diese Regimes gutheissen muss. [...] Und wir müssen verstehen, was

diesen Regierungen wichtig ist und warum, statt in ein neokoloniales Mindset zurückzufallen, in dem diejenigen gut sind, die für Europa sind, und alle anderen sind schlecht.» (Mertens 2025)

Abschied vom Schwarz-Weiss-Denken

Welche Rolle spielt China in dieser globalen «Meuterei»? Kein Zweifel: Das einstige «Reich der Mitte» arbeitet an einer neuen Weltordnung – ist also in den Worten von Herfried Münkler und anderen eine «revisionistische Macht». Der Sozialphilosoph Michael Brie schreibt dazu: «Die chinesische Führung geht davon aus, dass eine Ordnung, in der eine globale Macht, die USA, zugleich die Macht hat, die Regeln zu setzen, sich selbst von Fall zu Fall von ihnen auszunehmen und unilaterale Sanktionen gegenüber anderen zu verhängen, die weltweit Geltung beanspruchen, mit dem Aufstieg Chinas auf Dauer nicht vereinbar ist. [...] China hat einen Wettbewerb um das bessere Modell von Entwicklung und Beitrag zum gemeinsamen Besten der Menschheit eröffnet. Anstatt diesen friedlichen Wettbewerb anzunehmen, herrscht im Westen eine Politik der Eindämmung, Einkreisung, der Aufrüstung und Militarisierung.» (Brie 2023, 151 und 155)

Die entscheidende Frage bleibt, ob diese Neuordnung der Welt mehr oder weniger friedlich verlaufen kann oder ob es zum grossen Krieg kommen wird. Angesichts der konfrontativen Strategie der Vereinigten Staaten bestehe die Hauptgefahr für China darin, sich «in jene Falle locken zu lassen, in die die Sowjetunion und heute auch Russland gegangen sind», meint Brie (Ebd., 157). In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren hatte sich die Sowjetunion in den Rüstungswahn hineinziehen lassen, von dem sie sich unter Michail Gorbatschow dann viel zu spät verabschiedete. Und Russland unter Wladimir Putin hat geglaubt, die Ausweitung der NATO nach Osten militärisch beantworten zu müssen. Es bedarf also grosser Klugheit, einen eigenen Weg zu gehen, der nicht in einer finalen Konfrontation endet. Der frühere Diplomat Kishore Mahbubani bittet um eines: «Unterschätzt nie die Komplexität des chinesischen Denkens. In vielerlei Hinsicht ist es feiner und durchdachter als das europäische – das oft in Schwarz-Weiss-Kategorien steckenbleibt: Demokratie oder Autokratie. Freund oder Feind.» (Mahbubani 2025, 3)

Anmerkungen

1 Mit diesem Begriff wird jene Epoche der chinesischen Geschichte benannt, die von den Opiumkriegen, westlicher Kanonenboot-Po-

litik und den von den Westmächten erzwungenen extraterritorialen «Konzessionen» in allen grossen Häfen Chinas geprägt war.

- 2 Zur «Meuterei» gehören Proteste von Arbeiter:innen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen ebenso wie Aktionen gegen Umweltzerstörung. Dies schliesst den Widerstand feministischer Bewegungen gegen patriarchale Verhältnisse ein. Solche Protest- und Widerstandsformen gibt es auch in China. Der Staatsapparat reagiert in unterschiedlicher Weise darauf – durchaus auch mit repressiven Massnahmen. Zugleich erweist er sich als anpassungsfähig. Das zeigte sich beispielsweise bei den Protesten in chinesi-

schen Grossstädten wie Shanghai im Herbst 2022, die zu einer raschen Abkehr von der strengen «Null Covid»-Politik führten. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass bei einer repräsentativen Umfrage der Gallup International Association in 43 Ländern 87 Prozent der Befragten in China erklärten: «Wir werden nach dem Willen des Volkes regiert.» In Deutschland sind nur 39 Prozent dieser Auffassung, in der Schweiz immerhin 69 Prozent (Schuler 2025).

Literatur

- Acharya, Amitav, 2025: 70 Jahre nach Bandung. Von Missverständnissen und Nachwirkungen. Aus dem Englischen von Peter Beyer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 75. Jg., Nr. 12, 13–17
- Bahro, Rudolf, 1987: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Stuttgart/Wien 1987
- Brie, Michael, 2023: Chinas Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen jenseits der Froschperspektive auf ein spannendes Experiment. Hamburg
- Dikötter, Frank, 2023: China nach Mao. Der Aufstieg der Supermacht. Aus dem Englischen übersetzt von Helmut Dierlamm und Norbert Juraschitz. Stuttgart
- Kamberger, Klaus (Redaktion), 1968: Der Fall CSSR. Strafaktion gegen einen Bruderstaat. Eine Dokumentation. Frankfurt a. M.
- Kommunistische Partei Chinas (KPCh), 1970: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Berlin
- Leese, David, 2026: Die chinesische Kulturrevolution 1966–1976. München
- Lin Chun, 2013: China and Global Capitalism. Reflections on Marxism, History, and Contemporary Politics. New York
- Lovell, Julia, 2023: Maoismus. Eine Weltgeschichte. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Norbert Juraschitz. Berlin
- Mahbubani, Kishore, 2025: «Die Asiaten lassen sich von der Arroganz der Europäer nicht mehr einschüchtern.» Gespräch mit Katrin Büchenbacher und Benedikt Neff. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 89, 16.4., 2–3
- Menzel, Ulrich, 2023: Wendepunkte. Am Übergang zum autoritären Jahrhundert. Berlin
- Mertens, Peter, 2025: «Immer mehr Menschen sagen nein.» Interview mit Caspar Shaller. In: Wochenzeitung WOZ, Nr. 3, 16.1.10
- Münkler, Herfried, 2023: Welt im Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert. Berlin
- Schuler, Edgar, 2025: Das Vertrauen in die Demokratie bröckelt – ausser in der Schweiz. In: Der Landbote, Nr. 75, 1.4.15
- Statista: Armutsquoten nach Ländern bis 2024. (statista.com/statistik/daten/studie/1358353/umfrage/armutsquote-nach-laendern, Abfrage 9.8.2025)
- Tricontinental: Institute for Social Research, 2025: The Bandung Spirit. Dossier No. 87, April.
- Tschou En-lai (Zhou Enlai), 1976: Reden und Schriften 1949–1976. Köln
- Turowski, Jan, 2023: Einleitung: Wie kann man, wie muss man und wie darf man China diskutieren? In: Meng Jie, Jan Turowski: Immer noch tastend den Fluss überqueren. Chinas marktsozialistisches Modell verstehen. Hamburg, 7–34
- Urbansky, Sören / Wagner, Martin, 2025: China und Russland. Kurze Geschichte einer langen Beziehung. Berlin
- Weber, Isabella M., 2023: Das Gespenst der Inflation. Wie China der Schocktherapie entkam. Aus dem Englischen von Stephan Gebauer. Berlin
- Xi Jinping, 2024: China regieren. Beijing

Postwestliche Zeiten?

Die globale Umverteilung von Macht

Neu ist sie nicht, die These, die globale Hegemonie der Vereinigten Staaten gehe ihrem Ende entgegen. Es ist rund vier Jahrzehnte her, da war sie schon einmal en vogue. Mitte der 1980er-Jahre sahen sich die USA einem verschärften Konkurrenzdruck vor allem aus Japan, in einem gewissen Mass aber auch aus Westeuropa mit seiner ökonomischen Vormacht West-Deutschland ausgesetzt. Das Bretton-Woods-System, das die USA in den Mittelpunkt des globalen Finanzsystems gerückt hatte, war in den 1970er-Jahren kollabiert. Trotz aller Spekulationen, diese Konstellation könne die Hegemonie der Vereinigten Staaten brechen, kam es nicht dazu: Sie gingen als unbestrittene Supermacht aus dem Kalten Krieg hervor. Und heute? Erneut ist vom Ende der US-Vormacht die Rede, mehr noch: vom Abstieg des transatlantischen Westens insgesamt. Anders jedoch als noch in den 1980er-Jahren spricht heute sehr viel dafür, dass die USA inzwischen den Zenit ihrer globalen Macht tatsächlich überschritten haben, dass sie ihre Hegemonie nicht mehr halten können. Dies bestätigt ein Blick auf zentrale Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit.

China im Aufstieg. Ökonomische, technische und militärische Konkurrenz

Die These, dass es mit der US-Hegemonie zu Ende gehe, ist heute eng mit dem Aufstieg nicht von Rivalen aus den eigenen Bündnissystemen, sondern Chinas verknüpft. Dies zeigt sich zunächst auf der Ebene, die die Grundlage für jede politische und militärische Machtentfaltung bildet: auf der Ebene der Ökonomie. Die US-Wirtschaft ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 mit Ausnahme der Krisenjahre 2009 und 2020 stets gewachsen – nicht überwältigend vielleicht, aber doch im Durchschnitt stärker als die Wirtschaft des Europäischen Staatenbundes, dessen Gewicht in der Zeit ab 1990 lange alleine an das der USA heranreichte. So kam es, dass

das Bruttoinlandprodukt (BIP) der USA, das Anfang der 1990er-Jahre noch etwas unterhalb des BIP der heutigen EU-27 gelegen hatte, im Jahr 2023 – berechnet nach Kaufkraftparität (Purchase Power Parity, PPP)¹ – mit 27,7 Billionen US-Dollar über demjenigen der EU-27 lag, die 26,5 Billionen US-Dollar erreichte. Vergleicht man die USA mit ihrer traditionellen ökonomischen Konkurrentin, der EU, dann kann also von einem Abstieg keine Rede sein.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten mit derjenigen Chinas vergleicht. Lag das BIP der USA, wieder gemessen in PPP, Anfang der 1990er-Jahre noch bei fast dem Fünffachen des BIP der Volksrepublik, so holte diese rasant auf und konnte die USA im Jahr 2016 sogar hinter sich lassen. Seither hat sie ihren Abstand vergrößert: Die Weltbank gibt das chinesische BIP nach PPP für 2023 mit 34,7 Billionen US-Dollar an, deutlich mehr als dasjenige der USA. Man muss dabei berücksichtigen, dass heute in China mehr als 1,4 Milliarden Menschen leben, in den USA nur 340 Millionen. Das heisst zum einen: US-Amerikaner:innen sind im Durchschnitt noch viel wohlhabender als Chines:innen. Zum anderen: Wird es der Volksrepublik gelingen, ihre Bevölkerung auf ein Wohlstandsniveau zu heben, das demjenigen der US-Bevölkerung auch nur halbwegs vergleichbar ist, dann wird die Ausstrahlung der Wirtschaftskraft der USA weit hinter diejenige Chinas zurückfallen; Washington wird dann in Sachen ökonomisches Gewicht zur Nummer zwei hinter Beijing.

Das jedoch dürfte mit einem rein quantitativen Wachstum, mit einer blossen Steigerung des BIP, wohl kaum gelingen. Produzierte China heute, wie es vor Jahrzehnten der Fall war, immer noch überwiegend billige Plastikwaren und kostengünstige Kleidung, es könnte den USA und ihrer globalen Hegemonie nicht das Wasser reichen. Nun ist aber auch Chinas technologisches Niveau gestiegen, mindestens ebenso rasant wie seine Wirtschaftsleistung. Ansatzweise kann man das schon lange im Alltag erkennen: Auch im Westen verbreitete High-Tech-Produkte des alltäglichen Bedarfs, etwa Huawei- und Xiaomi-Smartphones oder Lenovo-Computer, werden bekanntlich in der Volksrepublik gefertigt. Dennoch war es für viele ein Schock, als am 1. März 2023 das Australian Strategic Policy Institute (ASPI), eine Denkfabrik aus Canberra, erstmals seinen Critical Technology Tracker publizierte, in dem es strategisch wichtige Technologien von Künstlicher Intelligenz (KI) über Robotik bis hin zu Biotechnologie analysierte und dabei herauszufinden suchte, welches Land darin jeweils am weitesten fortgeschritten war. Das ASPI kam zu dem Schluss, bei 37 von 44 dieser Technologien habe China die Nase vorn; die USA lägen nur noch auf Platz zwei, Europa sei abgeschlagen (ASPI 2023).

Die Folgen? Sie hat der Journalist Wolfgang Hirn in seinem 2024 erschienenen Buch *Der Tech-Krieg* beschrieben, in dem er den Machtkampf zwischen den Vereinigten Staaten und China um die Führungsposition bei der Entwicklung der modernsten Technologien skizziert. Der Stand der Technologie, schreibt Hirn, «entscheidet über die Stärke eines Landes»; «nur sie ermöglicht eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und ein starkes Militär.» (Hirn 2024, 8) Bislang seien «die USA der nahezu unangefochtene globale Technologieführer» gewesen. «Aber nun schickt sich China an, [...] diese amerikanische Vormachtstellung infrage zu stellen.» Hirn untersucht eine Reihe strategisch zentraler Technologiefelder, und er kommt, dem ASPI ähnlich, zu dem Schluss: Die Volksrepublik hat auf zahlreichen Feldern aufgeholt. Auf einigen, so etwa in der Biotechnologie oder bei Halbleitern, liegt sie noch hinter, auf anderen, so etwa bei Solarzellen oder bei Elektroautos, bereits vor den USA – und auf einigen, so etwa in der KI, wird hart um die Führung gekämpft. Anders formuliert: China schickt sich an, die Technologiedominanz der USA zu brechen. Europa, nebenbei, spielt laut Hirn dabei nur noch «eine zuschauende Rolle», mehr nicht (Hirn 2024, 9).

Ist die globale Führungsposition der Vereinigten Staaten in Wirtschaft und Technologie ins Wanken geraten, so ist sie auch auf militärischer Ebene nicht mehr so unangefochten, wie sie es lange Zeit war und, oberflächlich betrachtet, heute noch scheint. Chinas gewachsene ökonomische Stärke hat es dem Land erlaubt, seine Streitkräfte systematisch aufzurüsten, sodass es inzwischen etwa eine Marine hat, die der US-Marine zahlenmässig überlegen ist. Das Center for Strategic & International Studies (CSIS) in Washington gab die Zahl der chinesischen Kriegsschiffe – ohne Logistik- und Unterstützungsschiffe – im Jahr 2022 mit 225 an; das war erstmals mehr als die Zahl der US-Kriegsschiffe (220), und der Abstand wächst. Zwar gilt die US Navy qualitativ noch als klar überlegen, doch auch diesbezüglich holt China auf. Dies zeigt sich regelmässig bei sogenannten «war games», die US-Militärs und -Denkfabriken immer wieder durchführen – keine Truppenmanöver, sondern Kriegssimulationen, die am Konferenztisch bzw. am Computer durchgespielt werden und den wahrscheinlichen Ausgang einer Schlacht oder eines ganzen Krieges abschätzen sollen. Seit einigen Jahren ergeben sie immer wieder, die USA könnten einen Waffengang gegen China nicht mehr gewinnen (Gilsinan 2019; Jones 2023).

Eine unangenehme Überraschung für westliche Militärs brachte ein Detail aus dem kurzen Waffengang zwischen Indien und Pakistan im Mai 2025 mit sich. Pakistans Luftwaffe gelang es – für viele Beobachter:innen unerwartet –, einige indische Kampffjets abzuschliessen, ohne selbst Flugzeuge

zu verlieren. Die genaue Zahl ist unklar. Gesichert ist aber, dass mindestens ein Kampffjet aus französischer Produktion vom Typ «Rafale» dabei war. Dieses ist gemeinsam mit dem Eurofighter das Modernste, das es zurzeit bei europäischen Waffenschmieden zu kaufen gibt. Ihre Fähigkeiten werden ähnlich denjenigen der US-amerikanischen F-16 eingeschätzt. Abgeschossen wurden der Rafale-Jet sowie mutmasslich noch weitere indische Kampffjets von einem pakistanischen Flugzeug aus chinesischer Produktion, einer Chengdu J-10C. Nervöse Debatten unter Militärs tendierten zu der Einschätzung, Chinas Jet sei dem französischen tatsächlich überlegen (t-online 2025). Zeichnete sich da ein Ende der Führungsposition westlicher Konzerne auch in der Militärtechnologie ab? Die Folgen für westliche Militärstrateg:innen lägen auf der Hand. Auch westliche Rüstungskonzerne wären urplötzlich mit einer neuen Lage konfrontiert: Wer kauft schon teure westliche Kampffjets, wenn billigere chinesische Modelle effizienter sind?

Der Globale Süden formiert sich

Chinas ökonomische, technologische und inzwischen auch militärische Aufholjagd vollzieht sich nicht isoliert, sondern in enger Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden. Man kann dies am Beispiel einzelner Weltregionen nachvollziehen, etwa am Beispiel Lateinamerika, das vielen bis heute als «Hinterhof» der Vereinigten Staaten gilt. China ist längst grösster Handelspartner Südamerikas; dass es diese Position noch nicht in ganz Lateinamerika hält, liegt nur daran, dass die Vereinigten Staaten Mexiko exzessiv als Niedriglohnstandort nutzen, was Mexikos US-Handel gewaltig in die Höhe treibt und damit China als Handelspartner ganz Lateinamerikas auf Platz zwei drückt – noch. Bei den Investitionen in Lateinamerika liegt die Volksrepublik, was den historisch gewachsenen Gesamtbestand betrifft, zwar noch hinter den USA und Europa zurück, nimmt bei den aktuellen Investitionen jedoch eine starke Position ein. Schon heute setze der auf der Ökonomie gründende Einfluss Beijings in der Region dem Einfluss Washingtons Grenzen, hielt im Juni 2022 *Foreign Affairs*, die führende US-Fachzeitschrift, fest. Die USA benötigten daher eine Politik «für ein post-amerikanisches Lateinamerika» (Shifter / Binetti 2022).

In Lateinamerika lässt sich gut beobachten, wie sich ökonomischer konkret in politischen Einfluss übersetzt. Beispiel Brasilien: China ist seit 2009 dessen grösster Handelspartner und zudem ein wichtiger Investor. Der ultrarechte Trump-Fan Jair Bolsonaro hatte 2018 seinen Präsidentschaftswahlkampf mit aggressiver Polemik gegen die Volksrepublik geführt und in

einer Art Propagandaaktion Anfang 2018 sogar Taiwan besucht – für Beijing ein absolutes No-Go. Als Bolsonaro nach gewonnener Wahl am 1. Januar 2019 das Präsidentenamt antrat, geriet er rasch unter Druck der brasilianischen Agrarindustrie und der Bergbaukonzerne, deren mit Abstand grösster Abnehmer China war. Schon bald erklärte er: «Das Geschäft wird nicht mehr der Ideologie folgen» – grünes Licht also für den Ausbau des China-Geschäfts, eine enge Kooperation sogar mit Huawei inklusive. Genauso verhält es sich mit Javier Milei in Argentinien, gleichfalls ein ultrarechter Trump-Fan. Hatte Milei noch vor Amtsantritt am 10. Dezember 2023 erklärt, nichts mit «Kommunisten», also mit China, zu tun haben zu wollen, so konnte auch er nicht umhin, einen milliardenschweren Währungsswap² mit der Volksrepublik trotz aller Proteste aus den USA im April 2025 zu verlängern. Noch 2025 soll Argentinien erste Fabrik für Solarpaneele eröffnet werden; die nötige Technologie und die Solarzellen kommen überwiegend aus China. Das Land ist zweitgrösster Handelspartner Argentinien nach Brasilien; mit ihm zu brechen ist keine Option.

Seine starke ökonomische Stellung in den Staaten Lateinamerikas sichert China steigenden Einfluss. Sie eröffnet aber auch umgekehrt den Ländern der Region Alternativen zur bislang dominanten Position der USA und der Länder Europas. Ganz ähnlich sieht es auf dem afrikanischen Kontinent aus, dessen Staaten inzwischen nicht mehr auf Europa und die USA angewiesen sind, wenn sie etwa Infrastrukturvorhaben realisieren wollen: Unter anderem mit dem Bau von Infrastruktur tut sich seit Jahren die Volksrepublik hervor. Das eröffnet südlich der Sahara neue Optionen und damit grössere Handlungsfreiheit. Auch dies lässt sich anhand von trockenen Wirtschaftszahlen verdeutlichen. Im Jahr 1990 wickelten die Staaten Afrikas noch weit mehr als die Hälfte ihres Handels mit Europa ab; ihre Abhängigkeit war hoch. Im Jahr 2000 war Europas Anteil auf unter fünfzig Prozent gesunken; 2021 lag er bloss noch bei kaum mehr als einem Drittel. China dagegen lag mit über vierzig Prozent vorn. Und während die Volksrepublik im aktuellen Wirtschaftsleben längst zur führenden Kraft in Afrika geworden ist, erstarken dort noch weitere Staaten: Indien etwa, das bereits zu den fünf bedeutendsten aktuellen Investoren auf dem Kontinent zählt, oder die Türkei, deren Baukonzerne die zweitmeisten Bauprojekte in Afrika nach chinesischen Firmen abwickeln.

Der Globale Süden, dessen Unabhängigkeit zunimmt, hat inzwischen auch Organisationen hervorgebracht, die seine Position in der globalen Politik stärken und dadurch die Hegemonie der Vereinigten Staaten schwächen: die BRICS zum Beispiel, ein Bündnis, das ursprünglich aus Brasilien,

Russland, Indien, China und Südafrika bestand. An seiner Gründung sind, wenn man so will, die Vereinigten Staaten nicht unschuldig: Sie sperren sich in den 2000er-Jahren hartnäckig gegen eine ernsthafte Reform der Bretton-Woods-Institutionen, die aufstrebenden Schwellenländern, besonders China und Indien, ein ihrer neuen ökonomischen Stärke entsprechendes Stimmgewicht in den Gremien der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) verliehen hätte. In den bestehenden Institutionen an den Rand gedrängt und ohne jede Chance auf Aufstieg, taten sich die BRICS zusammen und kämpfen seitdem gemeinsam um eine spürbar stärkere Stellung in der Welt. Sie haben mit Ägypten, Äthiopien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Iran und Indonesien neue Mitglieder eingebunden und zehn weitere Länder offiziell zu Partnerstaaten erklärt: Belarus, Kasachstan und Usbekistan, Nigeria und Uganda, Malaysia, Thailand und Vietnam sowie Bolivien und Kuba.

Die BRICS haben nicht nur starken Zulauf im Globalen Süden; sie haben inzwischen auch begonnen, sich schrittweise vom US-Dollar zu lösen, der bislang zur Festigung der globalen US-Hegemonie beiträgt. Auch dazu kam der Anstoß letztlich, ironischerweise, aus den USA. Die US-Sanktionen gegen Russland zwangen die BRICS, im Handel untereinander in wachsendem Umfang vom US-Dollar auf ihre eigenen nationalen Währungen umzusteigen – zum Handel in Rubel und Rupien, in chinesischen Yuan, zuweilen in emiratischen Dirham. Der Anteil des Yuan am gesamten russischen Außenhandel etwa stieg von kaum zwei Prozent Anfang 2022 auf 35 Prozent Ende 2024. Auch die New Development Bank (NDB), die von den BRICS als eine Art Parallelstruktur zur Weltbank gegründet worden war, begann sich vom US-Dollar abzuwenden. Im Mai 2025 teilte NDB-Präsidentin Dilma Rousseff mit, die Bank verwende inzwischen für rund 24 Prozent ihrer Aktivitäten nationale Währungen der Mitgliedstaaten. Geplant ist, den Anteil der NDB-Kredite, die in nationalen Währungen vergeben werden, bis 2026 auf 30 Prozent zu steigern. Dies ist für die Kreditnehmer günstig, weil Nachteile durch schwankende US-Dollar-Kurse vermieden werden. Es reduziert aber auch den Einfluss der USA.

US-Reaktionen und die neue Weltordnung

Die Vereinigten Staaten nehmen die sich auf allen Ebenen langsam, aber unausweichlich vollziehende Erosion ihrer Hegemonie nicht freiwillig hin – im Gegenteil, sie unternehmen alles, um sie zu stoppen und ihre globale Führungsposition zu zementieren. Erste Ansätze einer Politik, die darauf ab-

zielte, Chinas Aufstieg zu stoppen und damit die zentrale Ursache des US-Abstiegs zu beseitigen, liessen sich bereits unter Präsident George W. Bush feststellen. Sein Nachfolger Barack Obama verkündete im November 2011 seinen «Pivot to Asia» (Schwenk nach Asien), die Fokussierung der US-Aussenpolitik auf eine stärkere Einflussnahme im asiatisch-pazifischen Umfeld der Volksrepublik, was zum einen eine stärkere wirtschaftliche Präsenz und zum anderen die Stationierung zusätzlicher US-Truppen beinhalten sollte, um Beijing ökonomisch und militärisch unter Druck zu setzen. Donald Trump setzte dann nach seiner ersten Amtsübernahme mit hohen Zöllen gegen Importe aus China, mit ersten umfassenden Sanktionen – vor allem gegen Huawei – und mit allerlei weiteren Massnahmen noch eins drauf.

Die US-Bestrebungen, China «einzudämmen», wie es oft formuliert wird, zielen zunächst darauf ab, seine technologische Entwicklung aufzuhalten. Dazu dienen vor allem allerlei US-Sanktionen, die die Lieferung modernster Technologie in die Volksrepublik unterbinden. Im Mittelpunkt steht dabei die Halbleiterbranche, die als Achillesferse der chinesischen Industrie gilt: Ausgerechnet bei Chips, dem «Erdöl des digitalen Zeitalters», wie manche sagen, liegt China technologisch noch weit hinter den Vereinigten Staaten zurück. Seit Oktober 2022 arbeitet Washington systematisch daran, seinen Vorsprung zu halten, ja, ihn nach Möglichkeit sogar auszubauen. Bislang habe man mit Exportkontrollen darauf orientiert, «bei gewissen Schlüsseltechnologien» sich einen «relativen» Vorteil gegenüber Rivalen zu sichern und in der technologischen Entwicklung jeweils «einige Generationen» vorne zu bleiben, äusserte der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Biden, Jake Sullivan, im September 2022. In dem «strategischen Umfeld», in dem man sich heute bewege, genüge das aber nicht mehr. «Angesichts des grundlegenden Charakters bestimmter Technologien», die heute massgeblich seien, müsse man «einen grösstmöglichen Vorsprung wahren» (Sullivan 2022).

Parallel arbeitet Washington daran, China auch militärisch «einzudämmen» oder, wie einige formulieren, es einzukreisen. Ein Beispiel: Die USA stärken zurzeit ihre militärischen Positionen auf der sogenannten ersten Inselkette vor der chinesischen Küste; dabei handelt es sich um die zahlreichen grösseren und kleineren Inseln von Japans Hauptinseln und den japanischen Ryukyu-Inseln, darunter Okinawa, über Taiwan und die philippinischen Batanes-Inseln nördlich der Hauptinsel Luzon bis zum Hauptterritorium der Philippinen und Borneo. Wer die erste Inselkette kontrolliert, kann – so sehen es Militärstrateg:innen – das chinesische Festland

vom Zugang zu den Weltmeeren abschneiden, was nicht nur für die Handelsschifffahrt, sondern auch für die chinesische Marine gravierende Folgen hätte. Die USA haben begonnen, ihre Militärpräsenz in Japan zu optimieren; sie haben die Anzahl ihrer Soldat:innen auf Taiwan unter Bruch früherer Abkommen mit China auf rund 500 erhöht, bauen Militärstützpunkte auf den Philippinen aus und stationieren dort Raketen, aktuell vor allem auf den nahe Taiwan gelegenen Batanes-Inseln. Als Vorwand nutzen sie die Behauptung, sie wollten Taiwan vor einer Invasion aus der Volksrepublik schützen und die Philippinen im Streit mit China um den Besitz einiger Inseln im Südchinesischen Meer unterstützen.

Trump hat mit Beginn seiner zweiten Amtszeit die US-Versuche, Chinas Aufstieg zu stoppen, weiter intensiviert. Ein zentrales Element sind dabei neue US-Zölle. Zum einen sollen sie die Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten begünstigen: «Zugespitzt muss eine Hegemonialmacht in der Lage sein, Stahl und Waffen selbst herzustellen», hiess es dazu trocken im Mai 2025 bei der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) (Dieter 2025). Zum anderen sollen die Zölle, insofern sie auf Einfuhren aus China verhängt werden, dazu beitragen, die USA von Lieferungen aus der Volksrepublik unabhängig zu machen; bliebe Washington auf chinesische Waren angewiesen, wäre es nur begrenzt eskalationsfähig. Das bestätigte sich exemplarisch, als Beijing am 4. April 2025 Exportkontrollen auf sieben Metalle der Seltenen Erden verhängte, die für zahlreiche High-Tech-Produkte – von Elektromotoren bis zu modernsten Waffen – unersetzlich sind. China hat sich ein Monopol bei ihrer Aufbereitung und bei ihrer Weiterverarbeitung erarbeitet; die USA sind davon abhängig, dass chinesische Unternehmen sie ihnen liefern. Indem Beijing die Lieferungen seit dem 4. April restriktiv handhabt, hat es sich ein Druckmittel verschafft, mit dem es Washington im Juni veranlassen konnte, einige US-Verbote für Lieferungen bestimmter Güter nach China aufzuheben.

Die Trumpschen Zölle haben auch in anderen Weltregionen Folgen, die die Position der Vereinigten Staaten langfristig eher schwächen als stärken und den Niedergang ihrer Hegemonie sogar noch beschleunigen könnten. Besonders hart hatten die Zölle, die Trump am 2. April 2025 verhängte, die Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN getroffen: Auf Importe aus Thailand etwa wurden Zölle in Höhe von 36 Prozent verhängt, auf Importe aus Vietnam Zölle in Höhe von 46 Prozent, auf Importe aus Kambodscha sogar Zölle in der Höhe von 49 Prozent. Zumindest für einige von ihnen wog das besonders schwer, da sie stark vom Erlös ihrer Exporte in die USA abhängig sind. Sie fuhren zweigleisig. Zum einen bemühten sie sich

kurzfristig um Handelsvereinbarungen mit Washington, die für die USA vorteilhaft waren. Zum anderen suchten sie, sich neue Absatzmärkte zu öffnen, um ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu reduzieren. Auf dem ASEAN-Gipfel Ende Mai 2025 in Kuala Lumpur hielten sie – bereits zum zweiten Mal – ein Treffen mit den Ländern des Golf-Kooperationsrats (GCC) ab, um ihre Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren. Zum anderen beschlossen sie ein Upgrade für den Freihandel mit – ja: China. Chinas Einfluss in Südostasien zu stärken – das war das genaue Gegenteil dessen, was Trump hatte erreichen wollen.

Die Entwicklung, die klar auf eine Ablösung der globalen US-Hegemonie hinausläuft, ist hochkomplex, und sie wirft zahlreiche Fragen auf. Was soll man etwa davon halten, dass in Zukunft China seinen Einfluss auf Kosten des Westens wohl erheblich steigern wird? Nun, im Kern ist das nur ein Prozess einer Normalisierung. Heute vereinen der transatlantische Westen und seine Verbündeten von Japan bis Australien mehr als vierzig Prozent der globalen Wirtschaftsleistung (nach PPP) auf sich, obwohl sie nur ein Achtel der Weltbevölkerung stellen. Historisch betrachtet ist das eine Spätfolge des Kolonialismus, der Unterwerfung und der Ausplünderung der Länder des Globalen Südens durch die Kolonialmächte des Westens. China stellte um 1800 mit einem Drittel der Weltbevölkerung rund ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Dann folgten die Kriege, mit denen die Kolonialmächte das Reich der Mitte niederwarfen. Am Ende eines langen Schwächungsprozesses stellte China im Jahr 1952, kurz nach Gründung der Volksrepublik, 22,5 Prozent der Weltbevölkerung, aber nur noch 4,6 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung – ein krasses Missverhältnis, das mit extremer Armut und bitterem Elend verbunden war. Die Volksrepublik hat sich bereits ein gutes Stück daraus emporgearbeitet. Dass dafür die ehemaligen Kolonialmächte einige ihrer auf ihre koloniale Weltherrschaft zurückgehenden Privilegien preisgeben müssen, liegt auf der Hand.

Im Verlauf dieser Entwicklung wird sich die Welt in mancherlei Hinsicht neu strukturieren. Ein Beispiel bietet der Streit um Inseln im Südchinesischen Meer. Der Westen will ihn unter Rückgriff auf einen Schiedsspruch des Ständigen Schiedshofs in Den Haag lösen, der Chinas Ansprüche in dem Gewässer nicht anerkennt. China wiederum beruft sich darauf, dass ihm im Vertrag von Tianjin 1885 von der Kolonialmacht Frankreich zugesichert worden sei, alle Inseln östlich von Vietnam würden ihm «zugeordnet». Als Paris in den 1930er-Jahren den Vertrag brach und einige Inseln in Beschlag nehmen wollte, liess China die erste Landkarte erstellen, auf der mit neun Strichen alle Inseln eingefasst wurden, die ihm 1885 übertragen worden waren.

Auf dieser Linie besteht Beijing – und, nebenbei, auch Taiwan – bis heute. Man wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass in Zukunft Streitigkeiten wie diejenigen um Inseln im Südchinesischen Meer nicht mehr unbedingt nach westlichem Gusto, sondern vielleicht auch nach östlichen Überlegungen beigelegt werden – denn wenn die US-Hegemonie schwindet, werden westliche Vorstellungen nicht mehr weltweit durchsetzbar sein. Aber auch das ist genaugenommen nur ein weiterer Prozess der Entkolonialisierung, der überfällig ist. Ob die Welt dadurch eine bessere wird? Wer weiss – man wird wie bisher darauf hinarbeiten müssen, vorzugsweise nicht belehrend in fernen Weltgegenden, sondern eher im eigenen Land, wo die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten überfällig ist. Auf jeden Fall aber wird die Staatenwelt ein wenig gleicher, und das bietet Chancen für eine linke Politik.

Anmerkungen

- 1 Die Kaufkraft eines Geldbetrags, etwa eines US-Dollars, kann in verschiedenen Währungsräumen stark voneinander abweichen. Es kann daher zu einem verzerrenden Bild führen, wenn man das Bruttoinlandprodukt verschiedener Länder einfach in Dollarwerten vergleicht. Das Konzept der Kaufkraftparität soll diese Verzerrung ausgleichen.
- 2 Der Währungsswap ist ein Währungstauschsystem zwischen den Zentralbanken Chinas und Argentiniens, das es ermöglicht, im bilateralen Handel den US-Dollar zu meiden.

Literatur

- ASPI, 2023: ASPI's Critical Technology Tracker. www.aspi.org.au/report/critical-technology-tracker/ (Abfrage 12.6.2025)
- Dieter, Heribert, 2025: Die unterschätzten Risiken in der US-Ökonomie. SWP-Aktuell 2025/A23 (online verfügbar, Abfrage 15.6.2025)
- Hirn, Wolfgang, 2024: Der Tech-Krieg. China gegen USA – Und wo bleibt Europa? Frankfurt/New York
- Gilsinan, Kathy, 2019: How the U.S. Could Lose a War With China. www.theatlantic.com/politics/archive/2019/07/china-us-war/594793/ (Abfrage 3.7.2025)
- Jones, Seth G., 2023: The U.S. Defense Industrial Base Is Not Prepared for a Possible Conflict with China. features.csis.org/preparing-the-US-industrial-base-to-deter-conflict-with-china/ (Abfrage 3.7.2025)
- Sullivan, Jake, 2022: Remarks by National Security Advisor Jake Sullivan at the Special Competitive Studies Project Global Emerging Technologies Summit, 16.09.2022. (online verfügbar, Abfrage 15.6.2025.)
- Shifter, Michael/Binetti, Bruno, 2022: A Policy for a Post-American Latin America. www.foreignaffairs.com/articles/2022-06-03/policy-post-american-latin-america (Abfrage 15.6.2025)